

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich: 1- Allgemeine Verwaltung und Verwaltungssteuerung	Datum 11.07.2000
	Schriftführer: Herr Kredelbach Telefon-Nr.: 02202/14-2237
Niederschrift	
Hauptausschuss	Sitzung am 20.06.2000
Sitzungsort: Rathaus Gladbach, Großer Sitzungssaal, Konrad-Adenauer-Platz 1, 51465 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis): 17:07 Uhr – 19:40 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis): 18:15 Uhr – 18:20 Uhr
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Inhalt	

A Öffentlicher Teil

1. **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
2. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
3. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 09.05.2000 - öffentlicher Teil - 394/2000**
4. **Mitteilungen der Bürgermeisterin**
5. **Vorstellung des Stadtverbandes für Entwicklungszusammenarbeit Bergisch Gladbach e.V.**
6. **Verwendung der pauschalierten Zuweisung zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit 402/2000**

7. **Genehmigung von Dienstreisen**
403/2000
8. **Benennung von Vertretern des Seniorenbeirates als beratende Mitglieder im Jugendhilfeausschuss (Jugend- und Sozialausschuss)**
399/2000
9. **Feststellung des Jahresabschlusses 1998 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Städtische Feuerwehr Bergisch Gladbach**
392/2000
10. **Zustimmung zur Zahlung von Sitzungsgeldern**
401/2000
11. **Benennung der beiden neuen Erschließungsstraßen im Bereich der Paffrather Straße / Pannenberg**
276/2000
12. **Bericht aus dem Ausländerbeirat**
406/2000
13. **Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in der NS-Zeit; Antrag der SPD-Fraktion vom 07.02.2000 und Antrag der Fraktion/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.12.2000, ersetzt durch den Antrag vom 06.04.2000**
412/2000
14. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 10.04.2000; Verdichteter Taktfahrplan nach Refrath**
398/2000
15. **Antrag der SPD-Fraktion vom 03.05.2000 zur Einrichtung eines Bauflächenkatasters**
393/2000
16. **Antrag der CDU-Fraktion vom 06.06.2000 zur Einbindung von Jugendlichen in die Kommunalpolitik über das Medium Internet**
414/2000
17. **Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 5. Juni 2000 wegen der Erhebung von Leistungs-Kennzahlen**

411/2000

18. Anfragen der Ausschussmitglieder

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

Bürgermeisterin Opladen eröffnet die Sitzung und stellt fest, daß der Hauptausschuß ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde sowie beschlußfähig ist. Sie weist darauf hin, daß die CDU-Fraktion lediglich mit 9 anstatt wie üblich mit 10 Mitgliedern vertreten ist.

Danach spricht sie sich dafür aus, den Antrag der SPD-Fraktion vom 08.06.2000 zum Stadtbussystem als Punkt 6 a in den öffentlichen Teil der Sitzung aufzunehmen. Sie verweist auf die allen Ausschußmitgliedern vorliegende Tischvorlage.

Es besteht Einvernehmen, daß so verfahren wird.

2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 09.05.2000 - öffentlicher Teil -

Frau Ryborsch möchte unter Bezugnahme auf den Durchführungsvermerk zu Punkt 18 (Schwangerschaftskonfliktberatung) der Vorlage wissen, ob die Raumfrage für den Verein Donum Vitae inzwischen gelöst sei.

Herr Hoffstadt antwortet, daß der Verein inzwischen Räume im Bereich der oberen Hauptstraße gefunden habe.

Im übrigen wird der Bericht zur Kenntnis genommen.

4 Mitteilungen der Bürgermeisterin

1. Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten;
hier: Mitgliedschaft der Stadt Bergisch Gladbach im Deutschen Städtetag

Bürgermeisterin Opladen weist darauf hin, daß die Stadt beim Deutschen Städtetag derzeit nur mittelbares Mitglied sei. Dieser habe der Stadt für die Dauer von zwei Jahren über die bisherigen Mitgliedschaftsrechte hinaus Sonderrechte **ohne finanzielle Auswirkung** eingeräumt. Es sei zugesichert worden, daß die Stadt in den Ausschüssen des Städtetages, in denen sie vertreten sein wolle, auch einen Sitz – zumindest mit Gaststatus – erhalte. Nach Ablauf von zwei Jahren habe sie dann über eine Vollmitgliedschaft im Deutschen Städtetag zu entscheiden.

Herr Freese zeigt sich über diese Entwicklung erfreut.

Frau Ryborsch ist der Auffassung, daß dann die zuständigen Gremien über eine Entsendung der entsprechenden Personen zu entscheiden haben.

Bürgermeisterin Opladen antwortet, daß sich das weitere Verfahren erst noch ergebe. Eine Einbindung der Gremien werde erfolgen, wenn hierzu die Notwendigkeit bestehe. Sie sei im übrigen bereits in den Vorstand des Deutschen Städtetages gewählt worden.

2. Personalentwicklungskonzept

Bürgermeisterin Opladen weist auf die Zielvereinbarung zum Produkt Personalentwicklungskonzept hin, die der Hauptausschuß mit Fachbereich 1 – Allgemeine Verwaltung – abgeschlossen habe. Der Fachbereich habe inzwischen mitgeteilt, daß er die wesentlichen Strukturen für die bis zum 30.06.2000 auszugestaltenden Bausteine des Konzeptes zeitgerecht schaffen konnte. Damit die verwaltungsinterne Abstimmung und insbesondere die Absprache mit dem neu gewählten Personalrat, der die weitere Umsetzung mittragen sollte, in einem vernünftigen zeitlichen Rahmen erfolgen könne, habe sie sich entschlossen, den Bericht nicht für die Tagesordnung der heutigen Sitzung vorzusehen. Die Angelegenheit werde in der kommenden Sitzung des Ausschusses am 05.09.2000 behandelt. Dies sei früh genug, um die Ergebnisse der Personalbedarfsplanung in die Überlegungen zum Stellenplan des kommenden Jahres einfließen zu lassen.

5 Vorstellung des Stadtverbandes für Entwicklungszusammenarbeit Bergisch Gladbach e.V.

In einem kurzen Vortrag stellen Frau Gabriele Apicella, die Vorsitzende, Frau Monika Emunds, die stellvertretende Vorsitzende, sowie Herr Detlef Rockenberg, der Geschäftsführer, die historische Entwicklung, die derzeitigen Aktivitäten, sowie die derzeitige Struktur des Stadtverbandes für kommunale Entwicklungszusammenarbeit vor.

Danach beantworten sie die von den Mitgliedern des Ausschusses gestellten Fragen.

6 Verwendung der pauschalierten Zuweisung zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit

Der Hauptausschuß unterbreitet dem Rat einstimmig folgende

Beschlußempfehlung:

1. **Der Stadtverband für Entwicklungszusammenarbeit erhält zur Förderung von eigenen Maßnahmen und Maßnahmen seiner Mitglieder einen Zuschuss von 38.000 DM aus Mitteln der pauschalierten Zuweisung zur**

Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit nach § 20 Abs. 1 Nr. 4 GFG 2000.

2.

Dem EINE-WELT-Kreis Schildgen der evangelischen Andreaskirche und der katholischen Herz-Jesu-Gemeinde wird für die Öffentlichkeitsarbeit ein Zuschuss von 1.500,-- DM aus Mitteln der pauschalierten Zuweisung zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit nach § 20 Abs. 1 Nr. 4 GFG 2000 zur Verfügung gestellt.

Die Zuschüsse zu Ziffer 1 und 2 sind außerplanmäßig zur Verfügung zu stellen.

3.

Der Betrag der Landeszuweisung in Höhe von 13.860,50 DM ist unter Hinweis auf den Ratsbeschluß vom 23.06.1998 für Veranstaltungen und Sachmittel zur Durchführung des Agenda-Prozesses entsprechend den Förderungsrichtlinien des Landes NW einzusetzen.

Stadtbussystem;

Antrag der SPD-Fraktion vom 08.06.2000

Herr Freese begründet die Dringlichkeit einer heutigen Diskussion mit der Tatsache, daß die Buslinien 431, 433 und 434 entsprechend der inzwischen vorliegenden Verfügung der Bezirksregierung Köln ab dem 01.09.2000 wieder aus dem Wohngebiet Hebborner Feld herauszunehmen seien, während erst am 05.09.2000 die nächste Sitzung des Hauptausschusses stattfindet. Im Ausschuß für Anregungen und Beschwerden seien am 14.06.2000 die insgesamt 37 vorliegenden Anregungen zu der Problematik für erledigt erklärt worden. Gleichwohl habe es im Wohngebiet Hebborner Feld nicht nur Gegner, sondern auch Befürworter der neuen Linienführung gegeben. Die Bezirksregierung habe gegenüber der im Hüsler-Gutachten geplanten künftigen Linie 16 nur dann keine Bedenken, wenn sie mit kleinen Bussen gefahren werde. Die vom Hauptausschuß in seiner Sitzung am 09.05.2000 beschlossene Linienvariante durch das Wohngebiet sei zudem dilettantisch umgesetzt worden. Die Öffnung der Straßen für Busse habe bewirkt, daß das Wohngebiet nunmehr auch einem verstärkten Pkw-Durchgangsverkehr, insbesondere ausgelöst durch die dortigen Anlieger, ausgesetzt sei. Dieser Umstand habe manchen Befürworter der neuen Linienführung wieder zum Gegner gemacht.

Es sei nunmehr notwendig, sich Gedanken über die zukünftige Linienführung im Wohnbereich Hebborner Feld zu machen. Die Kraftverkehr Wupper-Sieg AG habe zu erkennen gegeben, daß sie keinen neuen Antrag für die derzeit noch bestehende Linienführung stellen werde, wenn sie hierfür keine Rückendeckung durch die Stadt erhalte. Insofern solle die Verwaltung entsprechende Überlegungen anstellen, in den politischen Raum hineinragen und anschließend ggf. mit den betroffenen Bürgern in Hebborn abstimmen.

Eine zweite Problematik sei die seit kurzem bestehende Anbindung des Bereiches Bärbroich/Oberkülheim an die Zentren. Er merkt an, daß die Anwohner dieser Bereiche aufgrund der langjährig bestehenden früheren Linienführung der Buslinie 453

einen starken Bezug zur Stadtmitte (Zentrum Gladbach) hätten. Die neue Linienführung nach lediglich Herkenrath/Grünenbäumchen und die Neueinrichtung der Buslinie 454 von Bensberg über Herkenrath nach Bärbroich/Oberkülheim zwinge diesen Personenkreis nunmehr, sich entweder nach Bensberg hin umzuorientieren oder in Herkenrath umzusteigen. Dies sei nicht im Sinne der Mehrzahl dieser Bürger. Entscheidender noch als dies sei aber die Tatsache, daß in der Woche und samstags der letzte Bus der Linie 454 um 19.17 Uhr am Busbahnhof Bensberg abfahre. Sonntags sei dies sogar um 18.17 Uhr. Somit verfüge der Bereich ab den frühen Abendstunden über keine ÖPNV-Anbindung mehr. Hier gebe es zwei Lösungsmöglichkeiten:

1. Die ab etwa 20.00 Uhr fahrenden Busse der Linie 453 werden bis nach Bärbroich/Oberkülheim verlängert.
2. Die neue Linie 454 werde ab Herkenrath/Ball grundsätzlich in den Bereich Grünenbäumchen geführt und die Buslinie 453 erhalte statt dessen ihre frühere Linienführung nach Bärbroich/Oberkülheim zurück. Hiermit werde allen Belangen gedient, da es bei der neu eingerichteten Linie 454 insbesondere um eine Anbindung der Herkenrather Bürger nach Bensberg gegangen sei.

Zuständig für diese Maßnahmen sei die Kraftverkehr Wupper-Sieg AG als Betreiber der Buslinien. Sofern sich aufgrund des bestehenden Fahrplanes Änderungen nicht mehr realisieren ließen, müsse der vorübergehende Einsatz eines Anruf-Sammeltaxis erwogen werden.

Für Herrn Müller stellt die Fahrt über Bensberg für die Bürger von Bärbroich/Oberkülheim keinen Umweg dar. Die neue Linienführung sei von allen Fraktionen des früheren Rates erwünscht gewesen. Die Problematik der Anbindung in den Abendstunden erkenne er an. Die Umsetzbarkeit von durch die Verwaltung erarbeiteten Lösungsvorschlägen bedürfe ggf. der Einberufung einer besonderen Sitzung. Grundsätzlich solle am beschlossenen Stadtbuskonzept festgehalten und nach einer Lösung auch für den Wohnbereich Hebborner Feld gesucht werden.

Frau Ryborsch geht davon aus, daß aufgrund des erst kürzlich in Kraft getretenen neuen Fahrplanes sowohl für die Bereiche Hebborner Feld als auch Bärbroich/Oberkülheim vorerst nur Interimslösungen erarbeitet werden können. Die Maßnahmen im Bereich Hebborner Feld seien in dieser Form im Hüsler-Gutachten nicht vorgesehen gewesen. Sinnvoll sei es, die dort angedachte Linie 16 zu realisieren, wobei hinsichtlich der Fahrzeuge ggf. ein Chartervertrag mit der Kölner Verkehrsbetriebe AG abgeschlossen werden könne.

Hinsichtlich der abendlichen Anbindung von Bärbroich/Oberkülheim sei Abhilfe zu schaffen, wobei selbst eine Taktfrequenz bis etwa 22.00 Uhr noch nicht ausreiche. Generell bestehe im Bereich des Verkehrsbauwerkes derzeit die Problematik, daß die Verknüpfung der ankommenden Züge der Linie 1 mit den abfahrenden Bussen nicht existiere. Gerade eine solche sei jedoch unbedingt zu gewährleisten, damit sich der kostspielige Bau wenigstens annähernd rechtfertige.

Stadtbaurat Schmickler erläutert, daß die Verwaltung erst gestern eine Kopie der Verfügung der Bezirksregierung an die KWS erhalten habe. Diese datiere vom 15.06.2000 und unterscheide sich in ihren Aussagen erheblich von der Argumentation, die durch die Bezirksregierung vorgetragen wurde. Er erläutert einzelne Aspekte

des Bescheides. Widerspruch gegen den Bescheid könne nur die KWS AG einlegen. Inhaltlich seien jedoch vorwiegend Aspekte betroffen, die im Zuständigkeitsbereich der Stadt lägen. Umgekehrt gelte dies auch für den Fall, daß die Bezirksregierung der KWS einen Bescheid mit Zuständigkeitsbereiche der Stadt betreffenden Auflagen erteile. Ein Widerspruchsverfahren laufe ins Leere. Er stellt klar, daß die Argumentation des Bescheides auch auf jede andere Linienführung im Wohngebiet übertragen werden könne. Dies gelte auch für den Fall des Einsatzes von Midi-Bussen. Der Einsatz von Mini-Bussen verbiete sich für das Wohngebiet aufgrund mangelnder Kapazität von selbst. Mithin müßten nunmehr alle denkbaren Linienvarianten im Wohngebiet Hebborner Feld anhand der Kriterien des Bescheides überprüft werden. Erst danach könne ggf. eine direktere ÖPNV-Anbindung erfolgen.

Herr Müller schlägt vor, alle am Verfahren Beteiligten an einen Tisch zu bringen, um das im Wohngebiet Machbare zu erarbeiten.

Herr Schmickler hält dies für einen sinnvollen Weg.

Herr Freese geht davon aus, daß es zur Einberufung des Gespräches nicht eines förmlichen Beschlusses des Hauptausschusses bedürfe. Die Notwendigkeit eines solchen sehe er allerdings hinsichtlich der Sicherstellung eines Abendverkehrs nach Bärbroich/Oberkülheim.

Bürgermeisterin Opladen sichert für beide Problembereiche umfassende Bemühungen der Verwaltung zu. Sie habe an der mündlichen Erörterung mit den Bediensteten der Bezirksregierung hinsichtlich der Linienführung im Wohngebiet Hebborner Feld persönlich teilgenommen und wisse daher, daß sich die seinerzeitige Argumentation wesentlich von der des Bescheides unterscheide. Sie habe aufgrund dessen bereits bei Herrn Rothers um ein persönliches Gespräch ersucht. In diesem könne auch die Problematik der Anbindung von Bärbroich/Oberkülheim angesprochen werden.

Frau Böcher bittet darum, die angedachten Gespräche möglichst schnell zu führen.

Herr Schmickler antwortet, daß der erste Gesprächstermin bereits für morgen anberaumt sei.

Herr Ziffus weist darauf hin, daß von den Kölner Verkehrsbetrieben ein Mini-Bus gechartert werden könne. Mit diesem könne die vom Gutachter angeregte Stadtbuslinie von der Odenthaler Straße in das Wohngebiet Hebborner Feld gefahren werden. Midi-Busse seien hierfür zu groß. Es gebe allerdings inzwischen auch eine Busvariante, die in ihrer Größe zwischen dem Mini- und dem Midi-Bus liege. Solche Fahrzeuge würden z.B. in der Stadt Obersdorf eingesetzt. Es biete sich an, an den Einsatz solcher Busse in engeren Wohngebieten zu denken.

Für Herrn Dehler stellt sich die Frage, ob und inwieweit sich die Bezirksregierung künftig verstärkt in die Planung und Realisierung von Buslinien einmischen werde.

Für Herrn Dr. Kassner steht es der Bezirksregierung generell nicht zu, sich in kommunale Angelegenheiten einzumischen. Mit Blick auf funktionierende Stadtbussysteme in anderen Kommunen von Nordrhein-Westfalen stelle sich allerdings die Frage, ob es sich bei der hier in Rede stehenden Ablehnung der Bezirksregierung Köln nicht um einen der Interessenlage der Landesregierung entgegenstehenden Akt handele.

Herr Orth bittet allgemein darum, daß an allen Bushaltestellen im Stadtgebiet die neuen Fahrpläne so schnell wie möglich ausgehangen werden. Dies gelte insbesondere für die Buslinie 453 und deren Haltestellen in Herkenrath.

Für Herrn Hoffstadt ist es mit Blick auf die Gesamtrealisierung des Stadtbussystemes notwendig, mit der Bezirksregierung über bestimmte Durchführungskriterien Einvernehmen zu erzielen.

Bürgermeisterin Opladen führt aus, daß es ihr im Gespräch mit Herrn Rothers auch darum gehen werde, den Hintergrund der in sich nicht schlüssigen Argumentation der Bezirksregierung zu erfragen. Dies sei wichtig, um Anhaltspunkte für das künftige Vorgehen in Bezug auf die Realisierung des Stadtbussystems zu erhalten. Allerdings habe die Bezirksregierung bereits signalisiert, daß sie die Einführung des Stadtbussystems grundsätzlich befürworte und begrüße. Sie betone die Einmaligkeit der ausgesprochenen Ablehnung. Über die Gesprächsergebnisse werde in jedem Falle im Hauptausschuß berichtet.

Herr Hoffstadt bittet darum, auf die Verkehrsträger einzuwirken, in ihren Fahrplänen den Einsatz von Niederflurbussen besonders zu kennzeichnen. Dies sei für behinderte Nutzer des ÖPNV von außerordentlichem Interesse.

Stadtbaurat Schmickler antwortet, daß diese Problematik bereits in einem Gespräch zwischen dem Landrat und ihm angeklungen sei. Er gehe davon aus, daß eine Lösung bereits erarbeitet werde.

Es besteht Einvernehmen, daß von der Verwaltung wie durch Bürgermeisterin Opladen und Stadtbaurat Schmickler erläutert verfahren wird.

Bürgermeisterin Opladen unterbricht die Sitzung für 5 Minuten.

7 Genehmigung von Dienstreisen

Herr Müller beantragt, den zweiten Halbsatz von Satz 2 des Beschlußvorschlages wie folgt zu ergänzen:

„ ... sofern diese Sitzungen in Nordrhein-Westfalen stattfinden und die Zahl 4 nicht übersteigen.“

Herr Ziffus weist darauf hin, daß er stellvertretendes Mitglied im Ausschuß für Kommunalwirtschaft des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes sei. Er bittet darum, auch ihm eine generelle Dienstreisegenehmigung für den Fall seiner Teilnahme an den Sitzungen dieses Ausschusses einzuräumen.

Frau Schneider hält es für möglich, daß in diesem Jahr mehr als 4 Sitzungen des Fachausschusses Gleichstellung stattfinden.

Herr Müller stellt klar, daß ein Antrag lediglich darauf abziele, daß ab der 5. Sitzung des Ausschusses eine erneute Genehmigung des Hauptausschusses erforderlich sei.

Sodann faßt der Hauptausschuß einstimmig folgenden

Beschluß:

1. Die Dienstreise des Ratsmitgliedes Brigitte Schöttler-Fuchs zur Teilnahme an der Sitzung des Fachausschusses „Gleichstellung“ des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes am 11.05.2000 in Düsseldorf wird nachträglich genehmigt.
2. Generell gilt die Genehmigung für Dienstreisen des Ratsmitgliedes Brigitte Schöttler-Fuchs für die zukünftige Teilnahme an bis zu 4 Sitzungen des o.g. Fachausschusses als erteilt, sofern die Sitzungen in Nordrhein-Westfalen stattfinden.
3. Weiterhin gilt die Genehmigung für Dienstreisen des Ratsmitgliedes Günter Ziffus zur Teilnahme an Sitzungen des Ausschusses Kommunalwirtschaft des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes als erteilt, sofern die Sitzungen in Nordrhein-Westfalen stattfinden.

8 **Benennung von Vertretern des Seniorenbeirates als beratende Mitglieder im Jugendhilfeausschuss (Jugend- und Sozialausschuss)**

Der Hauptausschuß unterbreitet dem Rat einstimmig folgende

Beschlußempfehlung:

Auf Vorschlag des Seniorenbeirates der Stadt Bergisch Gladbach wird das Mitglied des Seniorenbeirates Herr Hans Kölschbach als beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) gewählt. Als persönliche Vertreterin von Herrn Kölschbach wird Frau Gertrud Coester benannt.

9 **Feststellung des Jahresabschlusses 1998 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Städtische Feuerwehr Bergisch Gladbach**

Frau Schmidt-Bolzmann möchte wissen, weshalb der Jahresabschluß 1998 so spät vorgelegt wird.

Herr Ziffus fragt an, woraus die im Jahresabschlußbericht ausgewiesenen Verluste resultieren. Weshalb habe der 1998 gewährte städtische Zuschuß dem Bedarf in keiner Weise entsprochen? Aus der Gewinn- und Verlustrechnung werde deutlich, daß es 1998 in allen Bereichen einen enormen Kostenanstieg gegeben habe, wogegen die Einnahmen stagnierten. Weiterhin möchte er wissen, in welchem genauen zeitlichen Rahmen die Abwicklung des Verlustvortrages über den städtischen Haushalt erfolgen solle.

Herr Hoffstadt weist auf Überlegungen des vergangenen Jahres hin, eine zentrale

Stelle für die Erarbeitung aller Jahresrechnungen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen zu schaffen. Er möchte wissen, wie weit diesbezügliche Überlegungen bereits gediehen seien.

Stadtkämmerer Kotulla erläutert, daß etwa 500.000,-- DM des Verlustes aus dem Bereich des Feuerschutzes resultierten. Hier bestehe nicht die Möglichkeit eines Ausgleichs durch entsprechende Einnahmen. Anders verhalte es sich mit dem Verlust von etwa 700.000,-- DM im Bereich des Rettungswesens. Hier habe man die Gebühren seit etwa 6 Jahren nicht mehr erhöht. Eine Erhöhung sei nunmehr fällig, wobei allerdings mit Widerständen zu rechnen sei.

Z.Z. seien die Verluste noch durch die Mittel einer Rücklage gedeckt. Diese sei in früheren Jahren stets aus dem kameralen Haushalt ergänzt worden.

Fachbereichsleiter Widdenhöfer erläutert, daß die Verwaltung den Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfer erst im November des vergangenen Jahres erhalten habe. Erst danach habe der Jahresabschluß mit allen notwendigen Anlagen der Bezirksregierung übersandt werden können. Diese habe sich im April dahingehend geäußert, daß sie den Bestätigungsvermerk uneingeschränkt übernehmen werde. Die Einbindung beider Stellen sei notwendig, um die Angelegenheit im Hauptausschuß und im Rat zu behandeln. Hinsichtlich der von Herrn Hoffstadt angeführten zentralen Stelle merkt er an, daß sich die Feuerwehr mit den kleineren eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen zusammenschließen wolle. Dies gewährleiste in besserer Weise als bisher die Vertretung der hier bislang allein operierenden Mitarbeiterin .

Nach Auffassung von Frau Schmidt-Bolzmann hätten die Wirtschaftsprüfer bereits früher in das Verfahren eingebunden werden können.

Fachbereichsleiter Widdenhöfer entgegnet, daß auch die anderen eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen ihre Jahresabschlüsse für 1998 erst spät vorlegten. Alle eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen hätten das erste Halbjahr 1999 zum Aufarbeiten der Thematik benötigt. Im zweiten Halbjahr sei dann die Einbindung der Wirtschaftsprüfer erfolgt. Die Überprüfung durch die Bezirksregierung habe sich dann angeschlossen. Er könne daher keine Verfehlung der Feuerwehr erkennen.

Herr Ziffus möchte wissen, warum der Rettungsdienst ein Defizit aufweise, obwohl er in den vergangenen Jahren stets als kostenrechnende Einrichtung geführt wurde.

Stadtkämmerer Kotulla gesteht zu, daß die Kostendeckung in diesem Bereich in den vergangenen Jahren zunehmend nicht erreicht werden konnte, weil die Gebühren nicht angepaßt wurden.

Herr Dr. Kassner weist darauf hin, daß der Grad der Kostendeckung in diesem Bereich auch durch eine höhere Sparsamkeit der Feuerwehr erreicht werden könne. Er möchte wissen, ob ein unterjähriges Controlling eingerichtet wurde.

Stadtkämmerer Kotulla bestätigt, daß im Rahmen des unterjährigen Controllings die finanzielle Entwicklung stets im Auge behalten wurde. Aus diesem Grunde habe man im Rahmen der jährlichen Etatvorbereitungen einen entsprechend hohen Zuschuß für die Feuerwehr vorgesehen.

Fachbereichsleiter Widdenhöfer weist darauf hin, daß die Feuerwehr keine Förderung des Landes mehr im Bereich der Anschaffung der Fahrzeuge erhalte. Seit 1999 müßten alle Rettungsfahrzeuge selbst finanziert werden. Insoweit müßten die Gebühren im Rettungswesen voraussichtlich drastisch angehoben werden.

Sodann unterbreitet der Hauptausschuß dem Rat einstimmig bei einer Stimmenthaltung aus den Reihen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgende

Beschlußempfehlung:

1. **Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt gem. § 26 Abs. 2 EigVO die Bilanz zum 31.12.1998 in Aktiva und Passiva mit 9.054.893,73 DM und die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresverlust in Höhe von 6.388.188,72 DM fest, der Betriebskostenzuschuß 1998 aus allgemeinen Haushaltsmitteln in Höhe von 5.139.150,00 DM ist dabei nicht berücksichtigt.**
2. **Der Lagebericht 1998 wird gem. § 26 Abs. 2 EigVO festgestellt.**
3. **Der aus der Gewinn- und Verlustrechnung und dem Betriebskostenzuschuß resultierende Jahresverlust 1998 in Höhe von 1.249.038,72 DM wird gem. § 10 Abs. 6 EigVO auf die neue Jahresrechnung 1999 vorgetragen. Der Verlustvortrag beträgt damit einschließlich des Verlustes 1997 in Höhe von 707.795,87 DM insgesamt 1.956.834,59 DM.**

10 Zustimmung zur Zahlung von Sitzungsgeldern

Herr Freese bittet darum, für die kommende Sitzung des Ältestenrates eine Liste mit den derzeit existierenden Unterausschüssen zusammenzustellen. Es sei notwendig, über die künftige Verfahrensweise hinsichtlich solcher Gremien zu diskutieren.

Bürgermeisterin Opladen stimmt dem zu.

Auch Herr Müller wünscht eine Einbeziehung anderer Beiräte und Gremien in die vorgesehene Regelung.

Sodann faßt der Hauptausschuß einstimmig folgenden

Beschluß:

Die Entscheidung über die Angelegenheit wird vertagt.

11 Benennung der beiden neuen Erschließungsstraßen im Bereich der Paffrather Straße / Pannenberg

Herr Müller bittet darum, die jeweiligen Vornamen in die Straßennamen mit einzubeziehen. Weiterhin sollten unter die künftigen Straßenschilder Tafeln mit dem Hinweis auf das Leben und die Verdienste der Namensgeber angebracht werden.

Herr Ziffus ist der Auffassung, daß über die beiden Namensgeber noch intensiver informiert werden müsse. Er schlägt vor, die Angelegenheit zu vertagen.

Bürgermeisterin Opladen spricht sich gegen eine Vertagung aus. Sie sagt zu, daß künftig in solchen Fällen noch ausführlichere Erläuterungen gegeben würden.

Herr Freese bekundet seine Zustimmung zu den Straßennamen.

Für Frau Schneider ist der Name „Karl-Ernst-Rathgens-Straße“ zu lang.

Bürgermeisterin Opladen sichert zu, daß erklärende Zusatzschilder unter den künftigen Straßenschildern angebracht werden.

Sodann faßt der Hauptausschuß einstimmig bei einer Stimmenthaltung aus den Reihen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden

Beschluß:

- 1. Die von der Straße Pannenberg abzweigende Erschließungsstraße erhält die Bezeichnung „Karl-Ernst-Rathgens-Straße“.**
- 2. Die von der Paffrather Straße abzweigende Erschließungsstraße erhält die Bezeichnung „Lothar-Kreyssig-Straße“.**

12 Bericht aus dem Ausländerbeirat

Frau Ryborsch regt an, künftig die Vorsitzende des Ausländerbeirates zur Berichterstattung in den Hauptausschuß einzuladen. Dies werde dem Grundanliegen der Berichte, über die Aktivitäten des Ausländerbeirates angemessen zu informieren, besser gerecht.

Bürgermeisterin Opladen sichert zu, diesen Vorschlag aufzugreifen.

Im übrigen wird der Bericht zur Kenntnis genommen.

13 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in der NS-Zeit; Antrag der SPD-Fraktion vom 07.02.2000 und Antrag der Fraktion/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.12.2000, ersetzt durch den Antrag vom 06.04.2000

Herr Freese schlägt vor, in Punkt 1 der Resolution die Formulierung „moralisch ethische Mitverantwortung“ durch „historisch begründete Mitverantwortung“ zu ersetzen. Er weist auf eine Ergänzung der Fraktion KIDinitiative hin, die die SPD-Fraktion mittragen wolle. Punkt 3 der Resolution solle um einen Satz ergänzt werden, in dem die Bereitschaft des Rates zu einer finanziellen Beteiligung zum Ausdruck gebracht werde. Weiterhin sei die Resolution um einen Punkt 5 zu ergänzen, durch den die Bürgermeisterin beauftragt werde, zur Erinnerung an die während der NS-Zeit im Gebiet der Stadt ermordeten Zwangsarbeiter an geeigneter Stelle (z.B. an der Außenwand

des alten Stadtgefängnisses oder ansonsten im Bereich des Rathauses Gladbach) eine Gedenktafel anbringen zu lassen. Er bedauert, daß von den 30 Firmen im heutigen Stadtgebiet, die während der NS-Zeit Zwangsarbeiter beschäftigten, keine auf der Liste derjenigen stehe, die bereit seien Entschädigungszahlungen zu leisten. Er verspreche sich von einer Verabschiedung der Resolution die Bereitschaft dieser Firmen, sich an dem Entschädigungsfonds zu beteiligen.

Frau Böcher schlägt vor, Satz 2 von Punkt 1 dahingehend zu erweitern, daß sich die Entschuldigung auch an die Angehörigen und die Hinterbliebenen der Opfer richtet. Die Gedenktafel solle möglichst an einem Platz angebracht werden, wo sie gut sichtbar sei.

Herr Müller ist der Auffassung, daß Absatz 2 des Punktes 3 gestrichen werden könne, da er zur Sache nichts mehr konkret aussage. Absatz 1 des Punktes habe eine leicht negative Zielrichtung, so daß er umformuliert werden müsse. Hier solle zum Ausdruck gebracht werden, daß sich die Stadt ihrer Verpflichtung, für die Opfer eintreten zu müssen, bewußt sei. Die übrigen Aussagen des Absatzes 1 könnten hinten angefügt werden. Der Anregung hinsichtlich der Gedenktafel stimme er zu. Weiter rege er an, das Mahnmal zum Gedenken der Naziopfer im Park der Villa Zanders wieder in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen. Dies gelte insbesondere für die Umrandung.

Bürgermeisterin Opladen sichert zu, den Resolutionsentwurf entsprechend den vorgebrachten Äußerungen zu überarbeiten und dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.

Es besteht Einvernehmen, daß so verfahren wird.

14 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 10.04.2000; Verdichteter Taktfahrplan Nach Refrath

Herr Ziffus weist darauf hin, daß es den durchgängigen 10-Minuten-Takt zwischen Bergisch Gladbach und Bensberg bereits gebe. Notwendig sei die Einführung eines solchen auch zwischen Bergisch Gladbach und Refrath. Bei der S-Bahnlinie 11 und der Stadtbahnlinie 1 wünsche seine Fraktion eine Verdoppelung des Takts auch in verkehrsschwachen Zeiten. Der Busverkehr im Dreieck Gladbach-Bensberg-Refrath sei entsprechend anzupassen. Er weist auf folgende Gutachten hin, die einen Zusammenhang zwischen dem Modal-Split und der Luftgüte in Bergisch Gladbach herstellen:

1. das Luftgütegutachten aus dem Jahre 1992
2. der Verkehrsentwicklungsplan von 1995.

Er zitiert aus dem Verkehrsentwicklungsplan, nach dem gerade in hoch verdichteten Bereichen Maßnahmen zur Hebung der Luftgüte ergriffen werden müßten. Vorschläge hierzu gäbe es auf den Seiten 36 ff der Luftgütemessung von 1992. Somit werde der Inhalt des Antrages seiner Fraktion durch die beiden Gutachten gedeckt. Für ihn sei die Ablehnung nicht nachvollziehbar. Er bittet Bürgermeisterin Opladen, das Gutachten zu benennen, auf dessen Grundlage die Ablehnung begründet werde.

Herr Freese stimmt dem Inhalt der Vorlage zu. Es sei notwendig, die im Rahmen der Realisierung des Stadtbussystems vorgegebenen Schritte einzuhalten. Er wirft der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Zusammenhang mit der Buslinie Hebborner Feld vor, schon beim ersten Konflikt umgefallen zu sein. Im Zusammenhang mit der Einführung der Stadtbusse in Refrath seien neue Auseinandersetzungen zu gewärtigen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen stammten aus dem Szenario 4, das die Verwirklichung des Szenarios 2 voraussetze.

Herr Ziffus bestreitet, daß seine Fraktion im Zusammenhang mit der Linienführung im Wohnbereich Hebborner Feld umgefallen sei. Man habe sich lediglich an das Hüßler-Gutachten gehalten. Weiterhin habe er in seiner Haushaltsrede den Vorschlag unterbreitet,

1 Million DM zusätzlich in das Stadtbussystem zu investieren, damit bestimmte Maßnahmen vorgezogen werden könnten. Der Antrag korrespondiere hiermit.

Sodann faßt der Hauptausschuß mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden

Beschluß:

Der Antrag wird abgelehnt.

15 Antrag der SPD-Fraktion vom 03.05.2000 zur Einrichtung eines Bauflächenkatasters

Herr Freese stellt klar, daß die SPD-Fraktion die Anlegung sowohl eines Gebäude- als auch eines Grundstückskatasters wünsche. Er weist darauf hin, daß die CDU-Fraktion im Kreistag soeben die gleiche Angelegenheit für die Ebene des Kreises auf den Weg gebracht habe. Weiterhin habe der Kreis inzwischen eine Digitalisierung seiner Daten vorgenommen, weshalb nunmehr leicht auf diese zurückgegriffen werden könne.

Stadtbaurat Schmickler empfiehlt die Erteilung lediglich eines Prüfauftrages. Ein förmlicher Beschluß zur Einrichtung des Katasters sei zum jetzigen Zeitpunkt wenig sinnvoll. Zu beachten sei insbesondere, welche Kosten mit diesem Kataster in Zusammenhang stünden. Diese lägen weniger in der Erstellung als später in der Pflege. Der ohnehin nicht große Nutzen des Katasters entfalle, wenn es nicht ständig aktualisiert werde. Die Schwierigkeiten begännen alleine damit, daß es bis zu einem gewissen Zeitpunkt keine gesetzliche Einmessungspflicht für Gebäude gegeben habe.

Herr Freese ist mit der Erteilung eines Prüfauftrages einverstanden. Über die Ergebnisse solle allerdings möglichst bereits im Herbst des Jahres berichtet werden.

Herr Hoffstadt weist auf die Intention des Antrages hin, wonach die Schaffung des Katasters insbesondere der Wirtschaftsförderung zugute kommen solle.

Frau Schmidt-Bolzmann erinnert daran, daß die F.D.P.-Fraktion vor einigen Jahren den gleichen Antrag gestellt habe, der in gleicher Weise beantwortet wurde. Sie geht davon aus, daß die Lage zum heutigen Zeitpunkt nicht anders sei.

Sodann faßt der Hauptausschuß einstimmig folgenden

Beschluß:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welchen Aufwand die Einrichtung eines Gebäude- und Grundstückskatasters erfordert und wie hoch die Kosten hierfür sind. Das Ergebnis ist in einer der kommenden Sitzungen des Hauptausschusses vorzustellen.

16 Antrag der CDU-Fraktion vom 06.06.2000 zur Einbindung von Jugendlichen in die Kommunalpolitik über das Medium Internet

Herr Müller ist mit der Überweisung des Antrages in den Jugendhilfeausschuß (Jugendhilfe- und Sozialausschuß) einverstanden.

Sodann faßt der Hauptausschuß einstimmig folgenden

Beschluß:

Der Antrag wird an den Jugendhilfeausschuß (Jugendhilfe- und Sozialausschuß) überwiesen.

17 Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 5. Juni 2000 wegen der Erhebung von Leistungs-Kennzahlen

Frau Schmidt-Bolzmann ist mit der in der Vorlage dargestellten Verfahrensweise einverstanden. Sie bittet darum, den Bericht möglichst zeitnah vorzulegen.

Es besteht Einvernehmen, daß wie in der Vorlage dargestellt verfahren wird.

18 Anfragen der Ausschussmitglieder

1. Anfrage der F.D.P.-Fraktion vom 05.06.2000 zur Personalkostensituation

Frau Schmidt-Bolzmann stellt klar, daß sie lediglich die Beantwortung der im Schreiben vom 05.06.2000 gestellten Fragen erbitte. Zusätzliche mündliche Fragen sollen nicht gestellt werden.

Bürgermeisterin Opladen weist auf die schriftlich vorbereitete Beantwortung der Fragen hin, die jedoch sehr umfangreich ausgefallen sei. Sie stimmt mit den Fraktionen ab, daß jede unmittelbar in dieser Sitzung ein Exemplar der Beantwortung erhält. Im übrigen werde die Beantwortung nochmals der Niederschrift als Anlage beigelegt.

2. Anfrage von Frau Ryborsch

Unter Bezugnahme auf die Mitteilungen der Bürgermeisterin möchte Frau Ryborsch wissen, ob die Ausschußmitglieder in der kommenden Sitzung das Personalentwicklungskonzept oder die Personalbedarfsplanung erhalte.

Fachbereichsleiter Kreilkamp stellt klar, daß die Verwaltung in der kommenden Sitzung das Personalentwicklungskonzept vorstellen wolle. In diesem würden jedoch auch Aussagen zur Personalbedarfsplanung gemacht. Es zeichne sich die Notwendigkeit eines Aufstockens des Personals ab, was zu Diskussionen im Zusammenhang mit dem Stellenplan für 2001 führen werde. Insofern sei es notwendig, die notwendigen Abstimmungen bereits jetzt durchzuführen.

Frau Ryborsch weist darauf hin, daß am vergangenen Wochenende sowohl das Fest zum 25jährigen Bestehen der neuen Stadt Bergisch Gladbach als auch das Museumsfest in der Alten Dombach stattgefunden hätten. Beide seien gleichermaßen attraktiv gewesen. Sie bittet darum, solche Veranstaltungen künftig zu verschiedenen Terminen durchzuführen, um den Bürgern die Notwendigkeit eines Auswählens zu ersparen.

Bürgermeisterin Opladen bestätigt die Notwendigkeit, solche Veranstaltungen zeitlich zu entkoppeln. Sie werde sich bemühen, daß künftig solche Großveranstaltungen nicht mehr parallel stattfänden.

3. Anfrage von Herrn Ziffus

Herr Ziffus fragt unter Bezugnahme auf die Diskussion zu Punkt 14 an, auf welche gutachterlichen Stellungnahmen die Bürgermeisterin die Ablehnung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 10.04.2000 gründe.

4. Anfragen von Frau Schmidt-Bolzmann

Frau Schmidt-Bolzmann stellt folgende Anfragen:

- a) Sie weist zunächst darauf hin, daß das Café am Bergischen Löwen durch Veranstaltungen in letzter Zeit sehr massiv in seinem Betrieb beeinträchtigt wurde. Sie fragt an, wie die Verwaltung künftig gewährleisten wolle, daß solche Beeinträchtigungen nicht mehr stattfinden. Die Stadt könne froh sein, daß sich für den Betrieb des Cafés ein neuer Pächter gefunden habe.
- b) Danach merkt sie an, daß es für Bergisch Gladbach keinen Einzelfahrplan gibt, der die maßgeblichen ÖPNV-Linien in einem handlichen Format zusammenfaßt. Es gebe lediglich den Gesamtfahrplan des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg sowie die sich auf jeweilige Einzellinien beziehenden kleine Handpläne. Sie bittet darum darauf hinzuwirken, daß für Bergisch Gladbach ein entsprechender Fahrplan zusammengestellt und zum Verkauf angeboten wird.
- c) Zuletzt weist sie darauf hin, daß es im Bahnsteigbereich des Verkehrsbauwerkes Bensberg lediglich einen Fahrkartenautomaten gibt, der Hartgeld akzeptiere. Sie bittet darum, daß hier ein anderes Modell installiert wird, welches

auch Geldscheine annimmt. Dies enthebe die Fahrgäste der Notwendigkeit, ggf. noch einmal den Bahnsteig verlassen zu müssen, um Geldscheine am höher gelegenen Kiosk zu wechseln.

5. Anfrage von Herrn Dr. Kassner

Unter Bezugnahme auf die Diskussion im Ausschuß für Anregungen und Beschwerden am 14.06.2000 zu Lärmbelästigungen im Zusammenhang mit der Nutzung des Bürgerzentrums Schildgen weist Herr Dr. Kassner darauf hin, daß es die gleichen Probleme auch im Hinblick auf die Nutzung des Bürgerzentrums Steinbreche gibt. Auch hier existiere eine Benutzungsordnung, die die jeweiligen Nutzer verpflichte, die Veranstaltungen ohne Belästigungen der Nachbarschaft durchzuführen und bis spätestens 1.00 Uhr nachts zu beenden. Weiterhin werde offensichtlich eine Kautions durch die Verwaltung erhoben, die bei nachträglichen Beschwerden über Lärmbelästigungen einbehalten werden könne. Auch hier sei festzustellen, daß sich die Nutzer nicht an die Vorgaben der Benutzerordnung halten. Bei Veranstaltungen würden nicht nur Türen und Fenster geöffnet, sondern auch die zeitliche Höchstdauer nicht eingehalten. Zudem sei sehr oft nach der lärmintensiven Beendigung einer Veranstaltung festzustellen, daß die Mieter anschließend noch die Getränke und Speisen abtransportierten sowie das Zentrum in einen ordnungsgemäßen Zustand zurückversetzten. Schon dies alleine bewirke erhebliche Lärmbelästigungen in der Nachbarschaft. Trete hinzu, daß das Zentrum bereits am nächsten Tag ab 9.00 Uhr morgens vermietet sei und aufgrund dessen bereits ab 8.00 Uhr eine erneute Anlieferung erfolge, habe die Nachbarschaft so gut wie keine Nachtruhe mehr.

Er stellt folgende Fragen:

- a) Könne die Verwaltung generell die Problematik des Lärmschutzes im Zusammenhang mit der Nutzung des Bürgerzentrums Steinbreche lösen?
- b) Sei es möglich, die Kautions, die im Zusammenhang mit der Nutzung des Bürgerzentrums erhoben werde, drastisch zu erhöhen und nach Beschwerden über Lärmbelästigungen einzubehalten?
- c) Sei es möglich, zu Lasten der Nutzer eine Begleitperson abzustellen, die auf den jeweiligen Veranstaltungen für die Einhaltung der Benutzungsordnung Sorge?
- d) Gebe es sonstige Möglichkeiten, den berechtigten Beschwerden aus der Nachbarschaft des Bürgerzentrums gerecht zu werden?

Alle Anfragen werden, soweit sie nicht bereits mündlich beantwortet wurden, schriftlich beantwortet.

Bürgermeisterin Opladen schließt die öffentliche Sitzung.

|